

Niklaus Nuspliger

Europa

zwischen

Populisten-

Diktatur

NZZ LIBRO E-Book

und

Bürokraten-

Herrschaft

NZZ Libro

Darüber hinaus versucht Trump unliebsame Richter und Journalistinnen zu diskreditieren sowie Vertreter unabhängiger Institutionen wie der Geheim- und Sicherheitsdienste, die die Macht des Präsidenten begrenzen. Von den zwei neuen konservativen Richtern im Supreme Court erwartet Trump politische Loyalität statt Unabhängigkeit. Ebenso verlangte er, dass das Justizministerium unliebsame Ermittlungen gegen ihn stoppt und politische Gegner wie seine ehemalige Konkurrentin Hillary Clinton oder den früheren FBI-Chef James Comey ins Visier nimmt. Wirtschaftskreise rechnen bereits mit Angriffen Trumps auf die amerikanische Notenbank, sollte sich das Wachstum in den USA vor der nächsten Präsidentschaftswahl 2020 abschwächen.

Doch auch die EU ist als Exporteurin von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unglaubwürdig geworden. Zwar beruht ihre Nachbarschaftspolitik bis heute auf der alten Annahme, mit der Förderung des «Zwillingspaars» Demokratie und Marktwirtschaft lasse sich politische Stabilität exportieren. Angesichts der politischen Verwerfungen im Zuge der Flüchtlingskrise, der antieuropäischen Rhetorik Erdoğan's oder der russischen Versuche, in westlichen Demokratien Unsicherheit zu stiften, importiert Europa aber derzeit viel eher Instabilität. Tatsächlich hat die autoritäre Welle die EU längst erfasst. In Mittel- und Osteuropa haben Führungsfiguren vom Schlag eines Trump, Putin oder Erdoğan eine steigende Anziehungskraft. Den Regierungen in Ungarn und Polen ist es mit umstrittenen Reformen gelungen, Richter zu entmachten, Nichtregierungsorganisationen zu kriminalisieren und die Freiheit der Presse zu beschränken. Das polnische Staatsfernsehen gilt heute als Propagandakanal, der regierungstreuer berichtet als zu Zeiten des Kommunismus. Die Krise des Rechtsstaats beschränkt sich freilich nicht auf Polen und Ungarn. In den sozialdemokratisch regierten Ländern Malta und Slowakei sind kritische Medienschaffende ermordet worden, in Rumänien hebeln die Postkommunisten die Rechtsstaatlichkeit und die unabhängige Antikorruptionsbehörde aus den Angeln. Derweil deckt in Bulgarien eine politisierte und in ihrer Macht beinahe schrankenlose Staatsanwaltschaft die grassierende Vetternwirtschaft durch Oligarchen und eine korrupte Politikerkaste.¹⁶

Die EU kann zwar angehenden Mitgliedstaaten vor dem Beitritt

weitgehende demokratische und rechtsstaatliche Reformen abverlangen. Doch fehlen ihr griffige Instrumente, mit denen sie Demokratie und Rechtsstaat gegen den Willen eines bestehenden Mitgliedstaats verteidigen könnte. Viele Osteuropäerinnen und Osteuropäer empfinden die Brüsseler Lektionen in liberaler Demokratie längst als paternalistische Zumutung. Und so entpuppt sich die Hoffnung, die ehemals kommunistischen Länder würden sich im Schoss der EU ganz automatisch zu konsolidierten Demokratien entwickeln, je länger, je mehr als Illusion. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán steht vielmehr für einen Trend, der in die entgegengesetzte Richtung weist – und sich nicht auf Mittel- und Osteuropa beschränkt. In Westeuropa mögen die demokratische Kultur und die demokratischen Institutionen tiefer verankert und darum widerstandsfähiger sein. Doch auch hier geben Rechtsnationale den Ton an, indem sie die politische Agenda setzen, bereits in Regierungen vertreten sind – und offen mit dem Autoritarismus kokettieren.

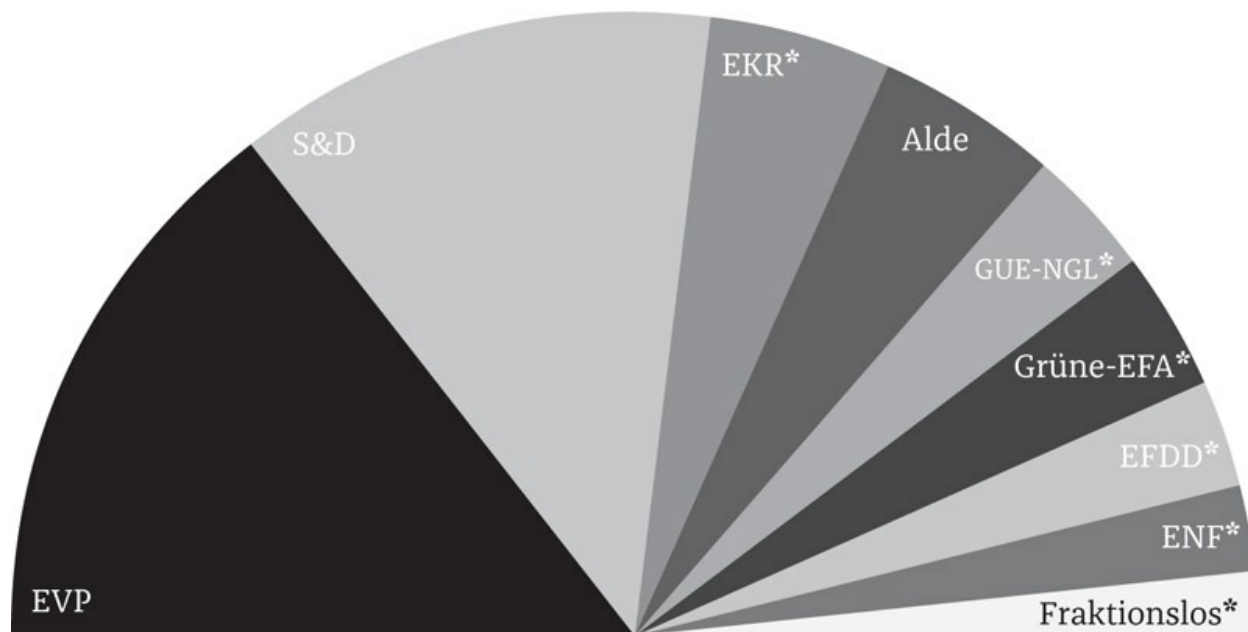
Drei Szenarien für eine antieuropäische Union










Die autoritäre Gegenwelle hat Europa zwar erfasst, aber noch nicht mit voller Wucht getroffen. Sie hat zum Brexit-Votum beigetragen und sich auf die Innenpolitik vieler Länder und damit indirekt auf die EU ausgewirkt, aber die EU-Institutionen noch nicht unterspült. Die grosse Zukunftsfrage ist daher, ob die Pläne von Steve Bannon und Matteo Salvini aufgehen und ob die Rechtsnationalen in der Lage sein werden, ihre Kräfte europaweit zu bündeln. Gelingt es ihnen, im Rat der EU-Mitgliedstaaten und im Europaparlament Sperrminoritäten oder gar Mehrheiten aufzubauen, könnten sie dem europäischen Integrationsprojekt ihren Stempel aufdrücken.

Zwischen 2014 und 2019 waren die EU-skeptischen Parteien im Europaparlament in drei Fraktionen organisiert, während klar rechtsextreme Gruppierungen wie die griechische Chrysi Avgi («Goldene Morgenröte») und die deutsche NPD fraktionslos blieben. Die moderat-EU-skeptische Fraktion der «Europäischen Konservativen und Reformer» (EKR) mit 73 Abgeordneten stand bisher unter der Führung der britischen Konservativen von David Cameron und Theresa May. Diese Gruppierung hatte eine wirtschaftsliberale Ausrichtung, arbeitete konstruktiv im EU-Parlament mit und umfasste neben der

nationalkonservativen polnischen Regierungspartei PiS etwa auch die rechtspopulistische Dänische Volkspartei. Der britische Brexit-Vorkämpfer Nigel Farage führte derweil mit der Fraktion «Europa der Freiheit und der direkten Demokratie» (EFDD) eine zweite EU-kritische Gruppierung mit 42 Parlamentariern an: An der Seite von Farage sassen die Fünf-Sterne-Bewegung aus Italien oder die Schwedendemokraten. Eine dritte EU-kritische Gruppierung namens «Europa der Nationen und der Freiheit» (ENF) stand unter der Führung der Französin Marine Le Pen: Zu den 35 Abgeordneten zählten die Mitglieder von Salvinis Lega, der österreichischen Freiheitlichen oder der Partei für die Freiheit des Niederländers Geert Wilders.

Für die nächsten Jahre sind mehrere Szenarien denkbar, die auf eine mehr oder weniger grosse nationalistische Sammelbewegung hinauslaufen.¹⁷ Wenn die britischen Konservativen und Nigel Farage als Folge des Brexit aus dem EU-Parlament ausscheiden, werden die Karten neu gemischt. Ein erstes Szenario liefe darauf hinaus, dass sich eine neue Fraktion harter EU-Gegner herausbildet, die dank Wahlgewinnen fast ein Fünftel aller Parlamentsmandate auf sich vereinen könnte. Daneben könnte weiterhin eine Gruppierung mit moderateren EU-Skeptikern bestehen, die die EU so weit erhalten möchte, dass der Binnenmarkt funktioniert und weiterhin Kohäsionszahlungen von West- nach Osteuropa fließen.



	Europäische Volkspartei (Christdemokraten) (EVP)	219 Sitze
	Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D)	187 Sitze
	Europäische Konservative und Reformier (EKR)*	73 Sitze
	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (Alde)	68 Sitze
	Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE-NGL)*	52 Sitze
	Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne-EFA)	52 Sitze
	Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)*	43 Sitze
	Europa der Nationen und der Freiheit (ENF)*	34 Sitze
	Fraktionslos*	23 Sitze
	Total	751 Sitze

* Moderat bis stark EU-skeptisch

Grafik 1: Die Fraktionen im Europäischen Parlament. Rechte EU-skeptische Fraktionen sind EKR, EFDD und ENF. (Quelle: Europäisches Parlament. Stand Januar 2019)

Denkbar ist aber auch der ganz grosse Schulterschluss aller EU-skeptischen Kräfte, wie er Bannon und Salvini vorschwebt. In diesem Szenario würden sich harte und moderatere EU-Skeptiker aus Ost- und Westeuropa unter einem Dach vereinen – und womöglich gar zur grössten Fraktion im Parlament aufsteigen. An Bord käme nicht nur die polnische PiS, sondern auch Viktor Orbán, der zwischen 2000 und 2019 mit Parteien wie der deutschen CDU oder dem spanischen Partido Popular in den Reihen der christdemokratischen Europäischen

Volkspartei (EVP) politisierte. Doch Orbáns Übergriffe auf den Rechtsstaat stellten die christdemokratische EVP vor eine Zerreissprobe zwischen dem rechten und dem humanistisch-liberalen Lager. Anfang 2019 schien Orbán mit einer umstrittenen Plakatkampagne gegen den christdemokratischen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker dem Bruch mit der EVP geradezu provozieren zu wollen. Als dieses Buch in Druck ging, waren innerhalb der EVP Diskussionen über einen Ausschluss von Orbáns Partei Fidesz im Gang.

Möglich ist schliesslich auch, dass die Rechtsnationalen mittelfristig nicht nur enger untereinander zusammenarbeiten, sondern auch verstärkt mit der EVP kooperieren. In der Migrationspolitik war es Orbán in den letzten Jahren bereits gelungen, die EVP Schritt für Schritt auf seine Seite zu ziehen und auf einen Abschottungskurs einzuschwören. Die *Républicains* in Frankreich oder der *Partido Popular* in Spanien sind spürbar nach rechts gerückt, in Italien sind die Mitte-Rechts-Partei *Forza Italia* von Silvio Berlusconi und Matteo Salvini *Lega* bereits verbündet. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz, der in der EVP als Shootingstar gilt, ist mit der FPÖ ebenfalls eine Koalition eingegangen. Zwar hält Kurz die proeuropäische Fahne hoch und goutierte es nicht, als die FPÖ gegen kritische Medien vorging oder eine Razzia beim Verfassungsschutz anzettelte. Doch sieht sich der Kanzler mit Vorwürfen konfrontiert, er gewähre den Freiheitlichen viel zu viel Spielraum.¹⁸ Nach und nach könnte bei der EVP der Wille bröckeln, die EU und den Rechtsstaat zu verteidigen. Europas Christdemokraten würden damit immer mehr zu Erfüllungsgehilfen der nationalistischen Ambitionen.

Ein dichtes Netz von Widersprüchen

Die Bündelung der EU-Skeptiker in Europa ist aber kein einfaches Unterfangen. Bisher standen unterschiedliche nationale Interessen einer schlagkräftigen Kooperation oft im Weg. 2007 scheiterte im Europaparlament die rechte Allianz «Identität, Tradition, Souveränität» bereits nach kurzer Zeit, weil die Gross-Rumänien-Partei die gemeinsame Fraktion unter heftigstem Protest verliess, nachdem sich eine italienische Abgeordnete abfällig über rumänische Zuwanderer geäussert hatte.